

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 11

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die neue Milchpreiserhöhung um 2 Rappen und die scharfe Reaktion, die sie im Lager der Konsumenten auslöste, hat weitherum alarmierend gewirkt und die Einsicht gefördert, daß es so nicht weitergeht. Selbst in Bauernkreisen beginnt man einzusehen, daß man nicht mehr die höheren Preise einfach auf die Konsumenten abwälzen kann, und man wäre wohl einverstanden gewesen, wenn der Bundesrat eine andere Lösung getroffen hätte. Die gewerkschaftlichen Demonstrationen gegen die Milchpreiserhöhung galten auch weniger den Bauern selbst als der Preispolitik des Bundesrates. Man anerkennt auch auf seiten der Arbeiterschaft, daß heute wohl viele kleine und mittlere Bauern einen schweren Stand haben und mit Recht ein besseres Auskommen fordern. Ob ihnen aber mit fortwährenden Milchpreiserhöhungen wirklich geholfen ist, ist sehr fraglich, jedenfalls nicht, wenn dies auf Kosten der Konsumenten erfolgt. Denn die Folge wird sein, daß nicht nur der Milchkonsum zurückgeht, sondern gleichzeitig die Teuerung steigt und neue Lohnforderungen nötig sind, was sich wieder auf die Preise der Gebrauchsgüter für die Landwirtschaft überträgt und so am Schluß diese Spirale sich sowohl für die bäuerlichen Produzenten wie für die Arbeiter nachteilig auswirkt. Die Einkommensverbesserung für die Landwirtschaft sollte nicht einfach über den Weg der fortgesetzten Milchpreiserhöhung gesucht werden. Eine Neuorientierung der gesamten Agrarpolitik tut not, wobei der Frage der Produktionskostensenkung besondere Bedeutung zukommt. Auch im Bundeshaus scheint man nun zu erkennen, daß künftig ein anderer Weg als die Überwälzung der erhöhten Preise auf die Konsumenten eingeschlagen werden muß. Man hat es zwar auch diesmal noch abgelehnt, die Kosten des Preisaufschlages auf die Bundeskasse zu übernehmen, weil angeblich dafür keine genügenden rechtlichen Grundlagen bestehen. Aber man hat immerhin verzichtet, auch die Preise für Käse und Butter zu erhöhen. Gleichzeitig soll auch die Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die Differenzierung des Produzentenmilchpreises und die Revision des Landwirtschaftsgesetzes mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Rechtsgrundlagen für die Finanzierung der Milch- und Milchproduktenverwertung an die Hand genommen werden. Es ist zu hoffen, daß bei der Prüfung aller dieser Fragen auch den Arbeiter- und Konsumentenorganisationen ein ausreichendes Mitspracherecht eingeräumt werde.

In den letzten Wochen ist aus dem Bundeshaus der provisorische *neue Zolltarif* bekannt geworden. Daß eine Revision des Zolltarifes notwendig ist,

kann nicht bestritten werden. Schon die Mitarbeit der Schweiz in den internationalen Wirtschaftsorganisationen erfordert eine solche Revision. Aus handelspolitischen und verhandlungstaktischen Gründen wird man nicht darum herumkommen, auf gewissen Positionen Zollerhöhungen vorzunehmen. Aber es dürfte nicht dazu kommen, durch eine allgemeine Zollerhöhung die Mehreinnahmen derart zu steigern, daß dadurch die Wehrsteuer überflüssig würde. Das hieße wiederum, die Neuordnung der Bundesfinanzen auf dem Rücken der Konsumenten durchzuführen. Wo Zollerhöhungen nicht zu vermeiden sind, soll deshalb die darausfließende Mehreinnahme, um jeden weiteren Teuerungsauftrieb zu stoppen, zu Verbilligungsaktionen im Inland verwendet werden.

Die Bemühungen des Finanzdepartements, doch noch eine Verständigung für die *Neuordnung der Bundesfinanzen* zustande zu bringen, haben ein mageres Ergebnis gezeitigt, obschon Bundesrat Streuli sich selbst aufs intensivste bei Besprechungen mit den Vertretern der Partei- und Wirtschaftsgruppen dafür einsetzte, sie zu einem allseitigen Entgegenkommen zu bewegen. Was jedoch in Lausanne bei den Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission, die die Vorschläge zur Differenzbereinigung mit dem Ständerat vorzubereiten hatte, herauskam, ist mehr als bescheiden. Die sozialdemokratischen Vermittlungsvorschläge unterlagen sozusagen auf der ganzen Linie. Andererseits bleiben in bezug auf die Wehrsteuer und Warenumsatzsteuer erhebliche Differenzen zur Vorlage des Ständerates bestehen, so daß es höchst fraglich ist, ob zuletzt eine Vorlage vor das Volk kommt, der man überhaupt noch zustimmen kann.

Die Neubestellung der Landesverteidigungskommission (LVK) hat sowohl in militärischen wie in politischen Kreisen des Landes erhebliches Aufsehen und teilweise deutliches Mißfallen erregt. Im löblichen Versuch, die LVK zu verjüngen, entließ der Bundesrat drei Korpskommandanten, darunter den Generalstabschef, aus ihren Ämtern und ersetzte sie durch wesentlich jüngere Kräfte. Ihren Nachfolgern wird die fachliche Tüchtigkeit in keiner Weise bestritten, dagegen gehen die Meinungen selbst in militärischen Kreisen stark auseinander, ob es richtig gewesen sei, daß in der neuen Zusammensetzung der LVK nun eindeutig die Anhänger der «beweglichen» Kriegführung, der «NATO-Konzeption», das Übergewicht erhalten. Die beiden Oberstkorpskommandanten Gonard und Züblin vertreten diese Richtung, zwei starke Persönlichkeiten, denen innerhalb der LVK ein bedeutendes Gewicht zukommt. «Bewegliche» Kriegführung heißt Anschaffung einer großen Zahl von Panzern und Flugzeugen und damit eine neue, ganz beträchtliche Steigerung des Militärbudgets. Die Industrie ist damit natürlich sehr einverstanden, weshalb sich auch erklären läßt, daß die «NZZ» sich mit Vehemenz in die Wahlvorbereitungen der LVK eingeschaltet und für die

Kandidatur Züblins eingesetzt hat, wobei sie sich nicht scheute, verdiente hohe Truppenführer, die eher die «stabile» Verteidigung befürworten, persönlich zu attackieren. Was aber bei diesem ganzen Wahlhandel besonders Bedenken erregt, ist unseres Erachtens weniger der Streit zwischen den «Beweglichen» und den «Stabilen» — das wird sich vermutlich im Sinne des berühmten schweizerischen Kompromisses ausgleichen lassen — als vielmehr die Art und Weise, wie diese Wahlen vorbereitet und vorgenommen wurden. Es geht unserer Ansicht nach nicht an, daß die LVK sich sozusagen selber ergänzt und faktisch die Nachfolger ihrer Mitglieder selber wählt. Ihre Vorschläge kann der Bundesrat nur akzeptieren oder ablehnen, aber er kann nicht von sich aus andere Kandidaten gegen den Willen der LVK durchsetzen. Hier ist eine deutliche Ausscheidung der Kompetenzen notwendig. Die LVK soll zuständig bleiben für alle *militärfachlichen* Fragen. Für die *militärpolitischen* Fragen aber muß die zivile Vorrangstellung in unserem demokratischen Staat unbedingt beim Bundesrat und beim Parlament bleiben. Das ist um so notwendiger, als die Militärpolitik heute von immer größerer finanzieller und wirtschaftlicher Tragweite wird, wo nicht die Militärs und die hinter ihnen stehenden interessierten Industrie- und Finanzgruppen allein das maßgebende Wort zu führen haben, sondern wo die letzten Entscheidungen in den Händen der für das Ganze verantwortlichen Landesregierung und in den Händen der Volks- und Ständevertretung liegen müssen. Die Landesverteidigung darf keine ausschließliche Angelegenheit einer Militär-AG werden.

P. S.

Außenpolitik

Dem Prinzip der kollektiven Führung wird in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion offenbar noch nicht nachgelebt. Nach der Hinrichtung von Beria, der Beseitigung von Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Schepilow folgte jetzt die Liquidierung von Marschall Schukow, der durch einen Beschluß des Zentralkomitees der Partei aus allen seinen Staats- und Parteifunktionen entfernt wurde.

Es liegt im Wesen des Sowjetsystems und des Bolschewismus, daß innerhalb der Führung der Kampf um die Macht tobt, solange, bis sich ein Führer durchsetzt und seine Konkurrenten kaltstellt.

Nach dem Tode Stalins übernahm der Generalsekretär der Partei, Chruschtschow, gestützt auf das leninistische Prinzip von der Führung der Partei im Leben der Nation, die schwierige Aufgabe, die Alleinherrschaft

der Partei wiederherzustellen. Stalin hatte im Kampf gegen die verschiedenen Oppositionen innerhalb der Partei die Polizei über die Parteinstanzen gestellt; so konnte er die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees hinrichten lassen. Unter der Ära Stalins hatten auch die Manager der Wirtschaft, die hohen Offiziere der Armee und der Polizei sowie die hohe Bürokratie des Staates immer mehr Macht erhalten.

Durch die Liquidierung Berias und seiner Mitarbeiter hat Chruschtschow die Polizei unter die Kontrolle der Partei gebracht. Durch seine Politik der Dezentralisierung des Wirtschaftsapparates und durch die Liquidierung von Molotow, Malenkow, Kaganowitsch, Schepilow hat er dem Staat die Macht der Partei gezeigt.

Die schwierigste Aufgabe blieb jedoch, die Armee und ihre Führer unterzuordnen. Um die ersten Säuberungen durchzuführen, hatte Chruschtschow die Hilfe der Armee benötigt. Schukow hatte ihn kräftig unterstützt, aber der Generalsekretär der Partei hatte auch seine Abhängigkeit von ihm erfahren. Schukow mußte an die Reihe kommen. Er wurde, mit einer hohen Staatsmission beauftragt, nach Jugoslawien und Albanien geschickt, und während seiner Abwesenheit wurde seine Liquidierung vorbereitet und durchgeführt. Als er aus dem Ausland zurückkehrte, stand Marschall Malinowsky an der Spitze des Kriegsministeriums, und das Sekretariat der Partei hatte seine Gegner innerhalb der Generalität gegen ihn mobilisiert.

So wurde der Sieger der Schlachten von Moskau, Stalingrad und Berlin, der mehrmals von Stalin Gemaßregelte, aber immer wieder mit den höchsten Orden ausgezeichnete Heerführer von Chruschtschow liquidiert. Sein Ankläger vor dem Zentralkomitee der Partei war der alte Stalinist Suslow, derselbe Suslow, der im Jahre 1948 in der Sitzung des Kominforms die Anklage gegen Tito geführt hatte. Die Hauptsünde von Marschall Schukow besteht in seinem Widerstand gegen die politische Kontrolle und Schulung der Armee durch den Parteiapparat.

Chruschtschow hat also das Primat der Partei im Sowjetleben wiederhergestellt. Er selbst bleibt ziemlich allein an der Spitze der kommunistischen Hierarchie. Aber durch die Wiederherstellung der führenden Rolle der Partei werden die vielen Probleme des Landes nicht gelöst.

Der momentane Sieg Chruschtschows über alle seine Konkurrenten innerhalb der Parteiführung hat eine erste unerwartete Rückwirkung gezeitigt: die gefährliche Spannung zwischen der Sowjetregierung und den Vereinigten Staaten wegen der bedrohlichen Lage an der türkisch-syrischen Grenze

hat plötzlich nachgelassen. Wenige Stunden nach der geglückten Beseitigung Schukows erschien Chruschtschow in ausgezeichnete Laune an einem Empfang der türkischen Gesandtschaft in Moskau und gab das Signal zur Entspannung. Der gegen die Türkei und die USA gerichtete Resolutionsentwurf der syrischen Regierung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde zurückgezogen, eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen. Es ist jetzt vollkommen klar, daß Moskau die ganze Spannung künstlich verschärfte, um unter dem starken Eindruck der Kriegsgefahr die Liquidierung Schukows schmerzlos durchführen zu können.

Chruschtschow hat noch eine schwierige Aufgabe vor sich: nämlich die Herrschaft der russischen Kommunistischen Partei über die internationale kommunistische Bewegung wiederherzustellen. Seit dem Tode Stalins ist keine einheitliche internationale und anerkannte Autorität innerhalb der kommunistischen Welt mehr vorhanden. Tito, Gomulka, Mao Tse-tung haben gefährliche Selbständigkeitstendenzen entwickelt. Die Häresie des nationalen Kommunismus hat sich verbreitet. Chruschtschow möchte die Führer dieser zentrifugalen Bewegung unter die Disziplin einer neuen Komintern stellen. Die Konferenz der Vertreter der kommunistischen Parteien aller Länder, die in Moskau anlässlich des 40. Jahrestages der Russischen Revolution zustande kam, sollte Chruschtschow helfen, dieses Problem zu lösen. Die Konferenz ist jedoch zu Ende gegangen, ohne daß eine neue internationale Organisation geschaffen worden wäre. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Tito, der von Chruschtschow mit dem offiziellen Besuch Schukows hinters Licht geführt wurde, sich einem neuen Kominform nicht unterwerfen wird. Seine Absage, an den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Russischen Revolution teilzunehmen, war eine deutliche Demonstration gegen die Politik Chruschtschow-Suslow gegen Schukow.

Die *Abrüstungskommission* der Vereinten Nationen ist in eine Sackgasse geraten. Seit Jahren diskutieren die Großmächte die Bedingungen für einen Abrüstungsplan — ohne jeglichen Erfolg! Die Regierung der Sowjetunion hat an der Generalversammlung der UNO erklärt, daß sie sich aus der Abrüstungskommission zurückziehen werde, solange diese Kommission nicht so erweitert wird, daß sie alle 82 Mitgliedstaaten umfaßt. Da eine Abrüstungskommission ohne Beteiligung und Mitarbeit der Russen nichts unternehmen kann, bedeutet der Boykott der Sowjetunion, daß der Kreml die Generalversammlung zwingen will, seinen Antrag anzunehmen. Eine Erweiterung der Abrüstungskommission, die die Genehmigung der Sowjetunion nicht besitzt, bedeutet die völlige Lähmung jedes weiteren Vorgehens in Richtung der Abrüstung.

Bundesrat Petitpierre hat die Zurückhaltung der schweizerischen Regierung in der Frage des Verbotes der Atombombe und der Abrüstung damit begründet, daß die UNO die Frage prüfe. Wäre nicht heute die Zeit gekommen für einen Versuch der Schweiz, die Frage der Abrüstung auf der Grundlage der Erweiterung der Genfer Konventionen zu lösen?

Frankreich hat nach einer Regierungskrise, die über einen Monat dauerte, endlich *eine neue Regierung*. Der junge radikale Minister Gaillard hat eine Koalitionsregierung gebildet, die von den Sozialdemokraten bis zu den rechten Unabhängigen reicht — eine sehr breite, aber auch sehr brüchige Basis. Frankreich hat zwar eine neue Regierung, aber keine neue Politik. Der Krieg in Algerien wird weitergeführt, und die Waffenlieferungen der angelsächsischen Mächte an Bourguiba in Tunesien hat in Frankreich eine Welle der Empörung ausgelöst und die Atlantiksolidarität der Westmächte erschüttert.

In *Deutschland* hat die Sozialdemokratische Partei, nach ihrem Mißerfolg bei den Bundestagswahlen, einige aufsehenerregende Wahlerfolge zu verzeichnen. In Hamburg brachten die Erneuerungswahlen der Stadtverwaltung den Sozialdemokraten einen eklatanten Sieg: sie erhielten 53,9 Prozent der Wählerstimmen und 68 von den 120 Sitzen des Stadtparlaments. In Nürnberg hat die Neuwahl des Oberbürgermeisters einen überraschenden und eindeutigen Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten gebracht; dieser vermochte 132 227 Stimmen auf sich zu vereinigen, während der von allen bürgerlichen Parteien unterstützte Kandidat der CDU nur 97 623 Stimmen erhielt.

Wir gratulieren unserer Bruderpartei herzlich!

JHD

Blick in die Zeitschriften

Über das Thema *Der Mensch und das Atom* veröffentlicht die Monatsschrift «*Universitas*» (Oktober) einen ungewöhnlich wertvollen Aufsatz des großen Physikers und Nobelpreisträgers Prof. Dr. *Max Born*. Die rund 20 Druckseiten umfassende Arbeit vermittelt eine jedem Laien verständliche Darstellung der Grundfragen der modernen Atomphysik; vor allem behandelt sie in einer wissenschaftlich-exakten und zugleich menschlich-warmen und weitausgreifenden Betrachtung die tödlichen Gefahren, denen die Menschheit ausgesetzt ist, «sei es in einem Anfall völliger Geistesgestörtheit, das heißt in einem großen Kriege, durch einen kurzen Vernichtungsprozeß; sei es durch unvorsichtige Handhabung der Atomtechnik, die einen langsamen Prozeß der Vergiftung oder der Zerstörung der Erbeigenschaften zur Folge hat».

Zur Atomkriegsgefahr sagt der große Gelehrte u. a.: «Die führenden Staatsmänner der großen Atomkräfte erklären gelegentlich, daß ein Krieg im großen unmöglich geworden ist. Aber weder ihre eigenen auswärtigen Ämter noch die Regierungen der